

Klima-Update 2026: Unterstützung für Klimaschutz bleibt hoch – Vertrauen in politische Umsetzung gering

Berlin, 19. Januar 2026 – Wie blicken die Menschen in Deutschland Anfang 2026 auf die Klimaschutzdebatte? Neue Daten von More in Common zeigen: Trotz wachsender Konkurrenz durch Alltags- und Absicherungssorgen bleibt die grundsätzliche Unterstützung für Klimaschutz hoch. Gleichzeitig fehlt es vielen Menschen an Vertrauen in eine gerechte, ambitionierte und gut durchdachte politische Umsetzung.

Die [Ergebnisse basieren auf einer Befragung von über 2.000 Menschen](#) in Deutschland (September 2025, Feldpartner: Verian). Sie zeigen stabile Mehrheiten für Klimaschutz, zugleich aber ein deutliches Defizit an politischem Zutrauen.

55 Prozent der Befragten sprechen sich für eine Verstärkung der politischen Klimaschutzanstrengungen aus, 22 Prozent plädieren für ein Zurückfahren. Lediglich 16 Prozent sind der Ansicht, man solle Klimaschutz „einfach sein lassen“. Zugleich erkennen 72 Prozent der Befragten den menschengemachten Klimawandel an.

Die Daten machen damit eine zentrale Spannung der aktuellen Klimadebatte sichtbar: Klimaschutz verliert unter dem Druck von steigenden Kosten, unsicheren Zukunftsaussichten und Absicherungssorgen an Priorität – jedoch nicht, weil die grundsätzliche Unterstützung schwindet. Vielmehr liegt der Engpass im Vertrauen. Weniger als ein Viertel der Befragten glaubt derzeit, dass die politischen Maßnahmen im Bereich Klimaschutz gut durchdacht sind oder eine überzeugende Zukunftsperspektive bieten.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass viele Menschen Klimaschutz weiterhin als gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe verstehen, zugleich aber Zweifel daran haben, ob Politik und Institutionen in der Lage sind, diesen Anspruch gerecht, wirksam und verlässlich umzusetzen.

Die vollständigen Ergebnisse wurden am 19. Januar 2026 im Rahmen der Präsentation und eines Fach-Webinars zum *Klima-Update 2026* vorgestellt. Die Untersuchung knüpft an die langjährige Forschung von More in Common zur gesellschaftlichen Wahrnehmung von Klimaschutz an und ordnet aktuelle Spannungsfelder der Debatte ein.

Stimmen aus der Forschung

David Melches, Associate Forschung, More in Common:

„Auf das Thema ist definitiv etwas Druck gekommen in den letzten Jahren, es rutscht in der Prioritätenliste nach unten. Dennoch gibt es weiterhin ein auffällig starkes Mandat der Menschen für mehr Klimaschutz: 73 Prozent wollen, dass die Politik ihre Klimaschutzanstrengungen steigert oder zumindest gleich hält, und nur 22 Prozent, dass sie diese zurückfährt.“

„Beim Klimaschutz treiben viele Menschen vor allem zwei Sorgen um: die Angst, dass nicht alle mitziehen – und das fehlende Vertrauen in eine gerechte, ambitionierte und gut durchdachte Klimapolitik.“

Jérémie Gagné, Leiter Forschung, More in Common:

„Vielen Menschen fehlt es derzeit an Gestaltungszuversicht, nicht nur beim Klimaschutz. Gerade demokratische Politik und ‚große‘ Akteure sind gefragt zu zeigen, dass dieses Land Dinge will und Dinge kann, indem sie Problembefunde der Menschen aufgreifen und die Substanz unseres Landes erneuern – z.B. indem sie in funktionierende, nachhaltige Infrastruktur investieren.“

„Die meisten Menschen wissen: Klimaschutz funktioniert nur gemeinsam. Es braucht breite gesellschaftliche Bündnisse mit Stimmen aus unterschiedlichen Bereichen. Ob Feuerwehrleute, Ärztinnen oder Wissenschaftler – ebenso wie Arbeitnehmerinnen und Verbraucher: Ihre Perspektiven können blinde Flecken in der Klimadebatte aufzeigen, Vertrauen stärken und verbindend wirken.“

Weitere Informationen zur Veröffentlichung sowie zur **Präsentation** und zum **Webinar** finden Sie hier: <https://www.moreincommon.de/publikationen/klimaschutzdebatte-in-deutschland-klima-update-2026-more-in-common/>

Methodische Einordnung

Die vorliegenden Ergebnisse basieren auf einer sorgfältig quotierten und gewichteten Online-Befragung, die die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 18 Jahren in Deutschland möglichst genau abbildet. Berücksichtigt wurden unter anderem Alter, Geschlecht, Bildung, Bundesland sowie eine angemessene Vertretung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte. More in Common verwendet den Begriff „repräsentativ“ bewusst zurückhaltend. Streng genommen ist Repräsentativität bei Online-Panel-Erhebungen nicht gegeben, da hierfür alle Einwohner*innen ab 18 Jahren die exakt gleiche Teilnahmewahrscheinlichkeit haben müssten.

Über More in Common

More in Common ist eine überparteiliche Organisation, die sich dem gesellschaftlichen Zusammenhalt verschrieben hat. Ziel ist eine Gesellschaft, die in der Lage ist, geeint und widerstandsfähig auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren. Nach unserem Verständnis ist gesellschaftlicher Zusammenhalt Vorbedingung für eine lebendige Demokratie und die Fähigkeit, über Unterschiede hinweg streitfähig zu bleiben. More in Common arbeitet mit institutionellen Partnern aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Medien zusammen und ist in mehreren Ländern tätig, darunter Deutschland, die USA, Großbritannien, Frankreich, Polen, Spanien und Brasilien.

Kontakt

Wiebke Ewering

Mail: presse@moreincommon.com, Tel. : +49 1514 7966023